

Beschluss
des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen
am 29. April 2006 in Wuppertal

Libérale Umweltpolitik für NRW

Nordrhein-Westfalen muss in der Umweltpolitik neue Wege gehen. Denn die alte rot-grüne Umweltpolitik ist gescheitert. Die FDP will deshalb einen Perspektivwechsel einleiten: weg von der rot-grünen staatsbürokratischen und ökoromantischen Umweltpolitik, hin zu einer Umweltpolitik mit erkennbar mehr marktwirtschaftlichen Anreizen und einem deutlich reduzierten Ordnungsrecht. Die FDP will das Ende von Rot-Grün in NRW nutzen, um eine liberale Umweltpolitik, eine Politik der Vernunft statt Ideologie zu betreiben. NRW braucht keine Politik der besten ökologischen Absichten, sondern eine Politik der besten ökologischen Ergebnisse. Die Zeiten stetig neuer Detailregelungen, Verbote und überzogener Forderungen müssen beendet werden. Die FDP will eine Umweltpolitik mit Augenmaß. Das bedeutet, dass es nur noch dort staatliche Aufgaben geben soll, wo sie unverzichtbar sind. Das bedeutet aber auch, dass wir auch im Umweltbereich neue Technologien nutzen wollen.

Libérale Umweltpolitik bedeutet aber vor allem eins: Generationengerechtigkeit. Das ist für die FDP ein essentieller Bestandteil eines modernen Umweltschutzes. Wir wollen unsere Kinder und Enkel in der Umweltpolitik nicht auf dem rot-grünen Schuldenberg sitzen lassen. Die FDP will daher die Freiheit für das Handeln von morgen nicht nur absichern, sondern die Handlungsfreiheit zur Lösung der Probleme von morgen vergrößern. Wir wollen die Menschen ermutigen, gemeinsam mit uns eine generationengerechte Umweltpolitik für Nordrhein-Westfalen zu gestalten.

Die FDP hat das Ziel, den Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen gemeinsam zu gestalten - nicht gegen sie. Wir wollen durch die Verbindung von ökologischer und sozialer Marktwirtschaft die Akzeptanz in der Bevölkerung, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land verbessern. Liberale Umweltpolitik bedeutet Gleichberechtigung zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen. Sie müssen gleichrangig behandelt und miteinander versöhnt werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass die FDP die Umweltstandards zurückdrehen will. Stattdessen wollen wir Umweltschutzziele mit den effizientesten Mitteln verwirklichen. Die FDP will daher, dass sich der Staat auf die Rolle des "Kontrolleurs der Kontrolleure" konzentriert. Wir wollen, dass die betrieblichen Eigenkontrollen anerkannt und zielgerichtet überwacht werden.

Die FDP will folgende Elemente einer neuen Umweltpolitik umsetzen:

1. Nur wer die Natur kennt, kann sie schützen

Die FDP will die Menschen an der Natur teilhaben lassen. Die Menschen aus der Natur aussperren zu wollen, ist der falsche Weg. Verbotsorgien und Umweltbürokratie sind kontraproduktiv. Der freie Zugang der Menschen in NRW zu Wald und Natur soll erhalten bleiben. Die FDP erteilt daher Forderungen nach einer Wald-Maut eine klare Absage.

Ehrenamtlicher Naturschutz ist ein unverzichtbares Element des Umweltschutzes und der Umweltbildung. Ohne bürgerschaftliches Engagement wäre es um den Umweltschutz in unserem Land schlecht bestellt. Dabei wollen wir die verfehlt Trennung von "Naturschützern" und "Naturnutzern" überwinden. Rot-Grün hat ein Klima der Konfrontation und der Ausgrenzung geschürt. Wir wollen dies durch eine Kultur der Kooperation und des Miteinanders ersetzen. Neben den Umweltverbänden müssen auch Land- und Forstwirte, Jäger und Fischer als Partner des Umweltschutzes gewonnen werden. Sie stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt und unseren natürlichen Ressourcen.

Die bisherige Form der Landschaftsbeiräte ist für die FDP daher ein ungeeignetes Modell, um die Naturschutzinteressen angemessen zu wahren. Die FDP will die Landschaftsbeiräte reformieren. Ziel ist es, das bisherige ideologisch bestimmte Gegeneinander von Naturschützern und Naturnutzern zu Gunsten von praktischen Maßnahmen für den Umweltschutz zu überwinden. Statt ideologischer Debatten brauchen wir in NRW mehr Umweltschutz vor Ort. Um dieses Vorhaben zu realisieren, wollen wir die Landschaftsbeiräte bei den Bezirksregierungen und dem Ministerium auflösen.

2. Vertragsnaturschutz stärken

Verträge und verbindliche Vereinbarungen müssen auch auf dem Gebiet des Naturschutzes Vorrang vor Genehmigungen und Ordnungsrecht haben. Das Vorgehen der alten Landesregierung, die nordrhein-

Beschluss

des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 29. April 2006 in Wuppertal

westfälischen FFH-Gebiete generell als Naturschutzgebiete auszuweisen, ist der falsche Weg. Wir wollen den Schutz sicherstellen, ohne die Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Kulturlandschaft des ländlichen Raums einzuschränken. Daher brauchen wir abgestufte Schutzkategorien, kombiniert mit vertraglichen Vereinbarungen.

Die FDP will deshalb den Vertragsnaturschutz stärken. Dadurch, dass mit dem Eigentümer Verträge abgeschlossen werden, stellen wir eine naturschutzorientierte Entwicklung des Gebietes sicher. Entscheidend dabei ist der ökologische Mehrwert gegenüber dem statischen Naturschutz, bei dem das Gebiet ordnungsrechtlich gegen den Willen des Eigentümers festgesetzt und lediglich symbolisch ein Schild aufgestellt wird.

Die FDP will insbesondere im Rahmen der so genannten "Eingriffsregelung" neue Wege und Konzepte finden. Beim Bau von Straßen oder bei der Realisierung von Gewerbe- und Siedlungsflächen muss dieses Vorhaben an anderer Stelle z. B. durch Aufforstung und Biotope ausgeglichen werden. Bisher ist dieses Verfahren extrem ineffizient und bürokratisch gestaltet, ohne einen angemessenen Nutzen für die Natur zu erbringen. Wir wollen auch die komplizierten Berechnungsverfahren radikal vereinfachen.

Ziel ist es, durch neue Instrumente des Ausgleichs ein Mehr für den Naturschutz zu erzielen. Wir wollen Investoren die Möglichkeit geben, ihren Eingriff durch die Einzahlung eines Ersatzgeldes in einen Naturschutzfonds NRW auszugleichen. Dieser Fonds stellt dann durch vertragliche Vereinbarungen das dauerhafte Flächen- und Maßnahmenmanagement des Ausgleiches an anderer Stelle sicher. Dies führt zu einem echten Gewinn für die Entwicklung von Natur und Landschaft. So erreichen wir, dass

- Ausgleichsmaßnahmen nicht mehr in kleinteiligen und bürokratischen Verfahren, wie Flächenbewertung, -kauf und -sicherung versickern;
- der Ausgleich also gebündelt und ohne Umwege in den Naturschutz investiert werden kann;
- Kommunen und Investoren von langwierigen und aufwendigen Verfahren entlastet werden.

3. Umweltschutz lohnt sich - für einen "Umweltpakt NRW"

Investitionen in den Umweltschutz müssen auch für die nordrhein-westfälischen Betriebe und ihre Arbeitsplätze zu erkennbaren Vorteilen führen. Unternehmen, die ihre Produktionsabläufe auf freiwilliger Basis nach Umweltkriterien zertifizieren lassen - etwa nach dem europäischen Umwelt-Audit-System EMAS („Eco-Management and Audit-Scheme“) - müssen von bürokratischer Kontrolle weitgehend freigestellt werden. Wir wollen zudem, dass sie weniger Gebühren, unter anderem für Genehmigungen, zahlen.

Dieses Prinzip wollen wir in Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln. Hierfür benötigen wir neue Formen der Zusammenarbeit: Einen "Umweltpakt NRW". Auf der Grundlage von Freiwilligkeit, Eigenverantwortung, Selbstkontrolle und Kooperation, wollen wir mit der Wirtschaft im Dialog gemeinsam Lösungen suchen. Dabei haben wir konkrete Ziele: Mehr Umweltschutz mit höherer Akzeptanz bei weniger Kontrollbürokratie, schnelleren Genehmigungen und niedrigeren Gebühren. Dieser Umweltpakt wird dazu beitragen, ein umweltverträgliches Wirtschaftswachstum in NRW zu fördern. Praktische Erfahrungen kann dazu die Umweltinitiative der Wirtschaft in Ostwestfalen-Lippe liefern. Seit 1990 werden hier von den Unternehmen durch freiwillige Leistungen wesentliche Fortschritte in der Vermeidung, Verminderung und Wiederverwertung des bisherigen Abfall- und Emissionsaufkommens gemacht. Die Mitarbeiter der Unternehmen werden dabei ausdrücklich in diesen Prozess einbezogen.

4. Grau in Gelb - für eine Reform der Abfallwirtschaft

Eine langfristig erfolgreiche Umweltpolitik muss fähig sein, vermeintliche Gewissheiten regelmäßig zu überprüfen. Rot-grüne Umweltpolitik konnte und will sich immer noch nicht von ihrer Symbolpolitik verabschieden, auch wenn Wissenschaft und Öffentlichkeit längst weiter sind: Wir wollen Innovationen und technischen Fortschritt auch im Umweltschutz nutzen.

Wir sind Weltmeister im Mülltrennen. Die Sammlung von Papier und Glas hat sich bewährt. Dennoch: Die getrennte Sammlung von verschiedenen Abfällen aus Privathaushalten kann heute in weiten Teilen aufgrund des technischen Fortschritts bei Sortier- und Verwertungsanlagen entfallen. Durch den Einsatz bereits vorhandener moderner Techniken kann sowohl die Verwertung nutzbarer Abfallbestandteile als auch die umweltverträgliche Beseitigung der Abfälle gewährleistet werden. Aufwand und Kosten für den

Beschluss

des 59. ordentlichen Landesparteitages der FDP Nordrhein-Westfalen am 29. April 2006 in Wuppertal

Gebührenzahler können gleichzeitig gesenkt werden. Die FDP will diese Potenziale nutzen. In einem umfassenden Pilotprojekt wollen wir die Praxistauglichkeit des Modells "Grau in Gelb" demonstrieren. Dieses soll zur Anwendung empfohlen werden, wenn seine ökologischen und ökonomischen Vorteile die des Getrenntsammlens eindeutig übersteigen. Grundsätzlich sind Stoffe so lange wie möglich im Wirtschaftskreislauf zu halten bevor sie durch Verbrennung unwiederbringlich vernichtet werden. Die gemeinsame Erfassung von "Grau" und "Gelb" ist ein Beitrag zur Optimierung der Abfallwirtschaft unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten.

Erste Erprobungsvorhaben haben gezeigt:

- Durch eine gemeinsame Erfassung steigt der Anteil wieder verwertbarer Bestandteile. Insbesondere in großstädtischen Gebieten landen bis zu 50 Prozent aller Verkaufsverpackungen in der grauen Tonne. Durch eine gemeinsame Sortierung ist es möglich, den "gelben" Anteil auszusortieren. So lässt sich die Verwertungsquote von Verpackungen deutlich erhöhen.
- Aus ersten Erfahrungen ergeben sich Kosteneinsparungen in Höhe von 5-10 Prozent gegenüber der getrennten Erfassung.
- Ein Großteil der Anlagen lässt sich ohne großen technischen und finanziellen Aufwand umrüsten.
- Eine gemeinsame Erfassung kann den Geldbeutel schonen, weniger Tonnen und weniger Aufwand für den Bürger bedeuten und zu einer Verkehrsentslastung führen.

5. Reform der Umweltverwaltung

Wir wollen, dass sich der Staat auch in der Umweltpolitik auf seine Kernaufgaben konzentriert. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben einen Anspruch darauf, dass das Land sorgsam mit dem Geld der Bürger umgeht. Wir wollen jeden Euro, den wir für den Umweltschutz bereitstellen, dort einsetzen, wo am meisten für den Umwelt- und Naturschutz erreicht werden kann.

Diese Anforderungen stellen die Bürger auch an unsere Umweltverwaltung. Rot-Grün hat die Umweltverwaltung über Jahre aufgebläht. Wir müssen entschlossen umsteuern. Zu weit reichenden Strukturreformen gibt es keine Alternative. Unsere Ziele sind Aufgabenentlastung und -ausgliederung. Fakt ist: Nordrhein-Westfalen kann sich eine Umweltverwaltung mit über 4.500 Mitarbeitern nicht mehr leisten. Die von den Grünen installierte Umweltsonderverwaltung, die Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in NRW gleichermaßen behindert, muss zu Gunsten eines wirksamen Umweltschutzes ersetzt werden. Rot-Grün hat eine teure und oft erfolglose Bürokratie aufgebaut. Wir dagegen wollen eine qualifizierte und effiziente Umweltverwaltung in allen staatlichen Ebenen, die Eigeninitiative und Eigenverantwortung fördert.

Unter Rot-Grün sind in der Umweltverwaltung zahlreiche Sonderbehörden eingerichtet worden. Solche Sonderbehörden, wie etwa die Staatlichen Umweltämter oder die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten, müssen weitestgehend aufgelöst werden. Wir müssen die bisherigen Aufgaben einer kritischen Prüfung unterziehen. Wo Aufgaben nicht entfallen können, müssen sie privatisiert, kommunalisiert oder in die allgemeine Verwaltung integriert werden.

Die Entbürokratisierung der Umweltverwaltung in NRW wird den Umweltschutz stärken. Wir wollen eine effektive und überschaubare Umweltverwaltung, die Umweltrecht einheitlich anwendet und transparent umsetzt.